

## News Archiv May 2020

2020-05-12 11:59

### [YOUNG younion: Aktion vor Bundeskanzleramt verleiht Forderungen Nachdruck](#)

#### **Projektion „Lost Generation“: Jugendliche brauchen Ausbildungsplätze**

Mit einer Protestaktion vor dem Bundeskanzleramt haben VertreterInnen der YOUNG younion ihren Forderungen nach mehr Ausbildungsplätzen für Lehrlinge und Pflegepersonal Nachdruck verliehen. Mit dem Schriftzug „Lost Generation“ machte die Gewerkschaftsjugend Montag Abend auf die fehlenden finanziellen Mittel für verstärkte Ausbildung aufmerksam.

„Der Mangel an Ausbildungsplätzen droht sich durch die wirtschaftlichen Folgen von Corona massiv zu verstärken. Die Zukunft tausender Jugendlicher ist gefährdet“, warnten die VertreterInnen der YOUNG younion. Der öffentliche Bereich muss als Vorbildfunktion agieren und verstärkt Lehrlinge aufnehmen

Von Seiten der Bundesregierung fordert die Gewerkschaftsjugend die Bereitstellung ausreichender Mittel für die Lehrlingsausbildung im öffentlichen Dienst: „Die vollmundigen Ankündigungen haben wir gehört. Aber jetzt müssen für die Jugendlichen auch Taten folgen.“

Fotos der Aktion stehen hier zum Download bereit:

[https://www.younion.at/cms/C01/C01\\_0.a/1342629688439/home/ausbildungsplaetze/br-aufstocken](https://www.younion.at/cms/C01/C01_0.a/1342629688439/home/ausbildungsplaetze/br-aufstocken)

[Read more ... YOUNG younion: Aktion vor Bundeskanzleramt verleiht Forderungen Nachdruck](#)

2020-05-11 14:57

### [Tag der Pflege 2020: Gewerkschaften younion und GÖD-Gesundheitsgewerkschaft fordern sofortiges Handeln!](#)

#### **Zukunft der Pflege steht auf dem Spiel**

Der aktuelle Zwischenbericht der Gesundheit Österreich zur Ausbildungsnovelle des Gesundheits- und

Krankenpflegegesetzes (GuKG) zeigt die dramatischen Probleme in der Ausbildung auf. Die Gewerkschafter Edgar Martin (younion \_ Die Daseinsgewerkschaft) und Reinhard Waldhör (GÖD-Gesundheitsgewerkschaft) fordern daher umgehend zukunftsichernde Maßnahmen von der Politik.

67.000 Pflegekräfte müssten laut einer Studie der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) bis zum Jahr 2030 ausgebildet werden, um den Bedarf in Österreich decken zu können. Mehr als ein Drittel davon wird in den öffentlichen Spitälern und Pflegezentren gebraucht. Die Gesamtzahl an Absolventen in den Pflegeausbildungen hat sich jedoch, trotz dieses massiven Bedarfs in den nächsten Jahren, sogar verringert!

Die Gewerkschafter Edgar Martin (younion - Hauptgruppe II) und Reinhard Waldhör (GÖD-Gesundheitsgewerkschaft) fordern daher in einer gemeinsamen Erklärung ein Bündel an Maßnahmen und Förderungen im Bereich der Pflegeausbildungen: Die Ausbildungskapazitäten für die Gesundheits- und Krankenpflege müssen ausgebaut werden. Die Beendigung des schulischen Diploms 2023 (wie im Gesetz vorgesehen) muss verschoben werden. „Die Zeit drängt: Wir brauchen zur Sicherung der Pflege in all ihren Sparten und Fächern ein umfassendes Sicherheitsnetz. Mit dem anvisierten Ende des schulischen Diploms würden wir eine essentielle Ausbildung mit tausenden AbsolventInnen bis 2030 verlieren“, so Waldhör. Aber das sei nur ein Baustein in der gesamten Pflegelandschaft.

Das Modell „Pflegeausbildung in einer höheren Lehranstalt“, das es ab dem Herbst 2020 als Schulmodell an vorerst fünf Standorten in Österreich geben wird, hat enormen Zulauf, das kann man 2021 auch für Wien erwarten. „Daher müssen sich die Kapazitäten und Standorte viel schneller und flächendeckend in allen Bundesländern erhöhen.“ Zudem braucht es für Berufsumsteiger dringend Fördermodelle, die es ermöglichen, während der Ausbildungszeit ein gutes Leben weiterführen zu können. „Insgesamt sollen Anreize wie etwa ein Ausbildungsgehalt statt Ausbildungskosten für alle Sparten die Entscheidung für einen Beruf im Pflegebereich erleichtern. Österreich muss beweisen, dass es aus der Covid-19 Krise gelernt hat, dazu gehört für uns auch, dass sich der Wert für bestehende, werdende und zukünftige Pflegepersonen ebenso im Salär widerspiegelt!“, äußern die beiden Gewerkschafter unisono.

## **Die GuKG-Novelle 2016 bringt zu wenige Menschen in die Pflegeberufe**

Der parlamentarische Gesundheitsausschuss wurde am 5. Mai mit einem Zwischenbericht der Gesundheit Österreich zum Gesundheits- und Krankenpflegegesetz über die bisherigen Auswirkungen der Novelle aus 2016 informiert. Die ExpertInnen für Gesundheits- und Pflegeberufe in der younion und GÖD haben diesen Bericht ebenfalls gemeinsam analysiert und kommen zu alarmierenden Ergebnissen für die Zukunft.

Der zukünftige Bedarf an Pflegekräften in allen Ausbildungsformen ist bei weitem höher als das Angebot, das derzeit von den verschiedenen Bildungseinrichtungen für die Zukunft auf dem Tisch liegt, zudem wird das Angebot derzeit schlecht angenommen.

Den meisten Zulauf hat zwar aktuell das dreijährige Krankenpflegediplom, dies soll aber laut Gesetz spätestens 2023 auslaufen. Die Novelle 2016 hat sich ganz auf eine akademische Ausbildung für die höchste Form der Pflegeausbildung – den sogenannten gehobenen Dienst - konzentriert. „Wenn die schulische Diplomausbildung wegfällt, fehlen auf einen Schlag rund 75% des Ausbildungsangebots in diesem Bereich. Das ist keine Schwarzmalerei, das ist einfache Mathematik. Wenn wir jetzt nicht vorsorgen, kollabiert das Pflegesystem auch ohne Pandemie sehr schnell.“, zeichnet Martin ein dramatisches Bild. Durch den Umstand, dass in Österreich bei internationalen Studien eine höhere Ärztedichte pro 100.000 EinwohnerInnen als bei den PflegerInnen ausgewiesen wird, fühlen sich die beiden Gewerkschafter ebenfalls bestätigt. „Es ist die Pflege, die in 24 Stunden, 7 Tage die Woche, an 365 Tagen im Jahr am meisten Zeit in direkter Arbeit bei den kranken und alten Menschen und der Förderung ihrer Aktivitäten des täglichen Lebens zubringt. Eine alleinige medizinische Intervention in unseren

Spitätern ohne Pflege würde eine vollständige Genesung ausschließen. Und wenn du alt bist, brauchst du primär jemanden, der sich um deine Ressourcenförderung und den Ausgleich deiner Defizite kümmert.“

## **Ausbildung der Pflegefachassistenz den Gegebenheiten und dem Bedarf anpassen**

Die Zahl der inzwischen ausgebildeten Pflegefachassistenten war bei der Erstellung des Zwischenberichts mit österreichweit gesamt 494 Fachkräften beinahe unter der Wahrnehmungsgrenze und ihre Arbeit daher schwierig zu analysieren. Trotzdem lassen sich laut Waldhör erste Rückschlüsse über die Integration der PFA's in das Gefüge der Pflegeberufe in den Krankenhäusern und Pflegeheimen ziehen: „Was sich auf jeden Fall gezeigt hat, ist, dass die PflegefachassistentInnen mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattet werden müssen, wenn sie die von ihnen erwarteten Leistungen im Krankenhausalltag sicher und in höchster Qualität erbringen und entstehende Lücken in der Pflegelandschaft schließen sollen. Das ist auch gleichbedeutend mit einer Verlängerung der Ausbildungs- und Praxiszeit!“ Durch die geplante Verschiebung in den tertiären Bereich könnten die PFA's zukünftig die Mehrheit der Pflegenden stellen – gerade in den öffentlichen Einrichtungen. „Dies gelingt nur, wenn die Auszubildenden auch umfassend in Theorie und Praxis auf die Anforderungen vorbereitet werden. Dafür braucht es unserer Meinung nach mehr Ausbildungszeit.“

Ein weiteres alarmierendes Zeichen seien die rückläufigen Ausbildungszahlen der Pflegeassistenz, die Jahr für Jahr kontinuierlich sinken. Im gemessenen Zeitraum zwischen 2014 und 2017 haben sich die Beginnerzahlen in dieser Ausbildung um rund 20% verringert.

Auch die Abbrecherquoten geben Anlass zur Besorgnis: Zwischen 18 und 23 Prozent (je nach Ausbildungsdauer) beenden die angefangene Ausbildung nicht. Das führt zu dem hochgerechneten Ergebnis, dass es im Jahr 2020 rund 4.500 Absolventinnen in allen Pflegeausbildungen geben wird, das ist deutlich weniger, als es noch 2016 beim Beschluss des neuen Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes mit seinen 4.822 AbsolventInnen in allen Pflegesparten waren.

## **Die ExpertInnen für Gesundheits- und Pflegeberufe in der younion und GÖD unterstützen innovative Ideen: „Neue Wege können zu Verbesserungen führen“**

Das Modell BHS für Pflegeberufe wird ab Herbst 2020 an fünf Standorten in Österreich als Pilotprojekt geführt. Schon in den ersten Wochen der Planung hat sich gezeigt, dass es enormen Zulauf gibt. Dieses Projekt befindet sich in einer Phase, wo auch den jetzt immer notwendiger werdenden zusätzlichen Ausbildungsinhalten für Pflegefachassistenten Rechnung getragen werden kann. In den gesamt fünf Jahren Ausbildungszeit können sich die zukünftigen Pflegerinnen und Pfleger gut auf ihr späteres Berufsumfeld vorbereiten.

75% der Absolventen der Gesundheits- und Krankenpflege, also der höchsten der drei Ausbildungsformen in der Pflege, kommen aus dem schulischen Modell. Dies würde nach dem Gesetz mit 2023 wegfallen. Edgar Martin und Reinhard Waldhör fordern daher, das schulische Modell solange aufrecht zu erhalten, bis die Ausbildung BHS-Pflege soweit etabliert ist, dass die notwendigen Absolventenzahlen erreicht sind.

Zudem sollte eine etablierte Praxisausbildung in eigenen interdisziplinären Lehrstationen bzw. Praxislaboren angeboten werden. Hier könnte man das Zusammenspiel der verschiedenen Pflegeberufe, aber auch der vielen weiteren Gesundheitsberufe, ohne den großen Arbeitsdruck in der Pflege gut vermitteln. „Wir entwickeln und unterstützen innovative Ideen: Es gibt neue Wege, die zu einer Verbesserung der Ausbildung führen – lasst sie uns gemeinsam gehen!“

Auch eine bessere Bezahlung der Lehrpersonen sowie der PraxisanleiterInnen in diesen Bereichen sei notwendig. Martin dazu: „Sie leisten eine Mammutaufgabe in Theorie und Praxis. Sie sorgen für die hohe

Qualität in der Ausbildung. Ihr Aufwand muss zwingend besser abgegolten werden.“

Es brauche auch finanzielle Anreize, um mehr junge Menschen für die Ausbildungen in der Pflege zu begeistern. Zudem müssten BerufsumsteigerInnen entsprechend gefördert werden, am besten mit einem festgelegten Gehalt und Sozialversicherung während der Ausbildungszeit.

In diesem Zusammenhang ist auch die neue Kooperation der „Offensive Gesundheit“ zu sehen, in der sich die Gewerkschaften younion, GÖD, Vida und GPA-djp mit Ärzte- und Arbeiterkammer zu einer breiten Arbeitsplattform zusammengefunden haben, um die Situation für alle Gesundheitsberufe aufzuzeigen und den Dialog mit dem Gesundheitsminister zu suchen. „Es gibt akute Probleme, die durch Corona noch verstärkt werden. Wir müssen jetzt handeln, um die Zukunft der Pflege zu sichern!“

[Read more ... Tag der Pflege 2020: Gewerkschaften younion und GÖD-Gesundheitsgewerkschaft fordern sofortiges Handeln!](#)

2020-05-11 11:53

## [SPÖ will Änderungen bei abgelehnten Gesetespaketen](#)

Die SPÖ pocht auf eine Änderung der vier im Bundesrat mit SPÖ-FPÖ-Mehrheit zurückgewiesenen Coronavirus-Gesetespakete. Seine Fraktion werde vor dem für Mittwoch im Nationalrat erwarteten türkis-grünen Beharrungsbeschluss im Verfassungsausschuss heute entsprechende Anträge einbringen, kündigte SPÖ-Vizeklubobmann Jörg Leichtfried auf einer Pressekonferenz an.

Scharfe Kritik übte er an den Aussagen von Grünen-Klubobfrau Sigrid Maurer, die der Opposition wegen deren Vetos einen „zynischen Sabotageakt“ vorgeworfen hatte. „Es ist kein zynischer Sabotageakt, wenn ein Bundesrat aus inhaltlichen Gründen einem Gesetz, das im Nationalrat eine Mehrheit gefunden hat, nicht zustimmt“, sagte er.

„Nein, es ist vielmehr ein zynischer Sabotageakt, wenn man glaubt, durch eine Drüberfahrermentalität und durch öffentlichen Druck in Nationalrat und Bundesrat Gehorsam hineinprügeln zu müssen.“ Erneut kritisierte er die mangelnde Begutachtung von Gesetzen, das sei „kein anständiger Umgang mit Parlamentarismus“.

## **Etliche Beeinspruchungen**

Das Veto gegen die vier Gesetespakete war am Montag letzter Woche im Bundesrat erfolgt, in dem SPÖ und FPÖ eine Mehrheit haben. Beeinsprucht wurden neben den neuen Bestimmungen im Epidemiegesetz, den Änderungen bei Verwaltungsverfahren und dem Freiwilligengesetz auch ein Finanzpaket, konkret die Zuweisung von 650 Millionen Euro an den von der Europäischen Investitionsbank in der Coronavirus-Krise errichteten Garantiefonds sowie die Ermächtigung des Finanzministers, Bundeshaftungen bis 720

Millionen Euro für die Unterstützung der Kurzarbeit auf EU-Ebene zu übernehmen.

[Read more ... SPÖ will Änderungen bei abgelehnten Gesetespaketen](#)

2020-05-11 08:22

## Opposition für Verlängerung der Kurzarbeit

VertreterInnen von SPÖ, FPÖ und NEOS haben gestern Abend in der ORF-Fernsehsendung „Im Zentrum“ eine Verlängerung der Coronavirus-Kurzarbeit gefordert. Derzeit können Unternehmen zwei mal drei Monate die spezielle Kurzarbeitsregelung in Anspruch nehmen. Die ÖVP-Grünen-Regierung hat eine längere Anspruchsdauer noch nicht zugesichert.

### **Maurer schließt Verlängerung nicht aus**

„Vorstellen kann man sich vieles“, sagte die grüne Fraktionsobfrau Sigrid Maurer in der ORF-Sendung im Hinblick auf eine längere Dauer der Kurzarbeit. Das Arbeitsmarktservice (AMS) hat per 1. Mai über 91.000 Anträge für CoV-Kurzarbeit von Unternehmen mit einer Bewilligungssumme von fast 8,8 Mrd. Euro genehmigt.

Anfang Mai waren insgesamt 104.000 Anträge auf Kurzarbeit in Bearbeitung, davon waren bei rund 100.000 Anträgen ausreichend Informationen vorhanden. Diese Anträge umfassen 1,25 Mio. Arbeitsplätze. Heute veröffentlicht das Arbeitsministerium aktuelle Zahlen zur Kurzarbeit und zum Arbeitsmarkt.

Beim CoV-Kurzarbeitsgeld erhalten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei reduzierter Arbeitszeit je nach Verdiensthöhe 80 bis 90 Prozent des bisherigen Nettoentgelts. Das AMS ersetzt bei Kurzarbeit die Kosten für die Ausfallstunden.

### **Kritik an langsamer Auszahlung**

Die Opposition kritisierte in „Im Zentrum“ die langsame Auszahlung der Hilfen. Mit Ausnahme des Härtefallfonds würde kein Geld fließen, so der stellvertretender NEOS-Klubobmann Gerald Loacker. „Seit März wird angekündigt, es kommt aber nichts an.“ Auch die stellvertretende SPÖ-Klubvorsitzende Gabriele Heinisch-Hosek drängte zu mehr Tempo. „Es haben viele noch nicht ein Geld gesehen.“ Heinisch-Hosek warnte vor einer Pleitewelle, weil den Unternehmen bald das Geld ausgehe.

Neben stockenden Hilfgeldern sieht die stellvertretende FPÖ-Klubobfrau Dagmar Belakowitsch auch kurzfristig veröffentlichte Coronavirus-Verordnungen als große Belastung für die Firmen. „Das

Verordnungschaos ist eine zusätzliche Hürde für die Unternehmen gewesen.“

## **System nun „in Bewegung“**

Der stellvertretende ÖVP-Klubobmann Peter Haubner verteidigte in der ORF-Sendung die Abwicklung der Coronavirus-Hilfen. „Wir versuchen unser Bestes.“ Er bestätigte aber Verzögerungen „am Anfang“ beim AMS, bei der Hotel- und Tourismusbank (ÖHT) und bei der staatlichen Förderbank (aws). Nun sei aber das „System in Bewegung“ und Gelder würden fließen, sagte Haubner.

[Read more ... Opposition für Verlängerung der Kurzarbeit](#)

2020-05-08 12:16

[yunion-Meidlinger: Corona-Testings der Stadt Wien sind Erfolg der Sozialpartnerschaft](#)

## **Vorbildliche Schutzmaßnahmen für besonders gefährdete Berufsgruppen**

„Dass die Stadt auch in der Krise ohne Stottern und rund läuft, ist den hervorragenden Leistungen und der Disziplin der ArbeitnehmerInnen zu verdanken. Besonders gefährdete Berufsgruppen haben sich vermehrten Schutz verdient“, sagte heute, Freitag, der Vorsitzende der yunion \_ Die Daseinsgewerkschaft, Christian Meidlinger.

Mit Beginn dieser Woche richtet die Stadt für MitarbeiterInnen von Gesundheits-, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen inklusive Blaulichtorganisationen zusätzliche Testungsangebote gegen das Coronavirus ein.

„Diese nun beschlossenen Maßnahmen sind ein erneuter Beweis, dass die Sozialpartnerschaft in Wien vorbildlich funktioniert“, betonte Meidlinger.

[Read more ... yunion-Meidlinger: Corona-Testings der Stadt Wien sind Erfolg der Sozialpartnerschaft](#)

2020-05-07 13:37

[FSG-Kniezanrek: „Tag der Befreiung“ als Symbol der Normalisierung](#)

## **Einschränkungen in Zeiten des Virus müssen so bald wie möglich aufgehoben werden**

„Natürlich kann man das Kriegsende am 8. Mai 1945 nicht mit dem Rückgang einer Pandemie vergleichen. Aber am morgigen Tag der Befreiung sollten wir uns daran erinnern, welche Gefahren hinter einer Einschränkung von Bürgerrechten und der Aushöhlung demokratischer Abläufe lauern“ sagte heute, Donnerstag, der Bundesgeschäftsführer der FSG (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen) in der youunion \_ Die Daseinsgewerkschaft, Erich Kniezanrek.

„Die Einschränkungen in Zeiten des Virus müssen so bald wie möglich aufgehoben werden. Was in einem Krisenfall eine richtige und wichtige Ausnahmeregelung zum Schutz der Bevölkerung ist, darf nach dem Ende dieser Krise nicht zur Normalität werden“, stellte Kniezanrek klar. Bedenklich ist außerdem, dass einige von der Regierung ursprünglich verkündete Einschränkungen laut Aussage von ExpertInnen rechtlich offenbar nicht gedeckt gewesen wären.

„Der Tag der Befreiung ist natürlich ein Anlass zur Rückbesinnung auf das Wiederauferstehen unseres Staates und das Ende des nationalsozialistischen Schreckensregimes. Aber das sollte uns den Blick auf die Gegenwart nicht verstellen. Leider gibt es noch immer Strömungen zum Ausverkauf unserer Demokratie, um sich persönlich zu bereichern oder sich politische Vorteile zu verschaffen. Wir müssen gemeinsam mit aller Kraft gegen derartige Tendenzen angehen und jetzt außerdem daran arbeiten, die Pandemie und ihre noch zu bewältigenden Auswirkungen zu überwinden und sie so rasch wie möglich zu einer historischen Episode werden zu lassen“, schloss Kniezanrek.

[Read more ... FSG-Kniezanrek: „Tag der Befreiung“ als Symbol der Normalisierung](#)

2020-05-06 15:05

[youunion: Filmschaffende brauchen dringend Hilfe](#)

## **Sozialpartner erarbeiten gemeinsam Konzept für Schutzmaßnahmen und Haftungsfonds**

Die globale COVID 19-Krise hat die gesamte Film- und Fernsehproduktion in Österreich abrupt zum Erliegen gebracht. Die Sektion Film in der youunion \_ Die Daseinsgewerkschaft fordert sofortige Hilfe für die Filmschaffenden.

„Damit die Filmschaffenden ihre Arbeit wieder aufnehmen können, sind rasche, unbürokratische und praktikable gesundheitliche Sicherheitsmaßnahmen zu gewährleisten. Die Sozialpartner werden gemeinsam ein Konzept erarbeiten, wie Schutzmaßnahmen und Gesundheitsmaßnahmen eingehalten werden können“, erklärten heute, Mittwoch, die Vertreter der Sektion Film in der youunion, Thomas Dürrer und Gerhard Schedl. Auf Basis dieses Konzepts soll die Bundesregierung Drehgenehmigungen erteilen.

„Wenn Baustellen in Betrieb sind, wenn der Handel seine Tätigkeit wieder aufnimmt, dann schaffen wir das mit den eingehaltenen Maßnahmen auch beim Film“, sind sich Dürrer und Schedl sicher. Im Kampf um die Erhaltung von Arbeitsplätzen steht die Regierung in der Verantwortung: „Wir brauchen klare Zeitvorgaben. Die Verantwortlichen sollen handeln, nicht zögern.“

Die Sektion Film in der younion fordert die Bundesregierung weiters auf, einen Ausfallhaftungsfonds für einen neuen möglichen Drehstopp in naher Zukunft einzurichten. Die Kosten einer laufenden Produktion müssen zur Sicherung der Gehälter der Filmschaffenden abgedeckt sein. Arbeitsrechtliche Bestimmungen sind auch in der COVID 19-Krise und danach im Sinne der Filmschaffenden einzuhalten.

[Read more ... younion: Filmschaffende brauchen dringend Hilfe](#)

2020-05-06 08:00

## [Wer der Wirtschaft helfen will, muss bei Städten und Kommunen beginnen](#)

„Die öffentliche Hand ist eine der wichtigsten Impulsgeberinnen für die heimische Wirtschaft. Investitionen kommen direkt Bauwirtschaft, Produzente und Dienstleistern für die Bürgerinnen und Bürger zu Gute. Wer die Wirtschaft ankurbeln will, muss bei den Städten und Kommunen beginnen“, sagte heute, Dienstag, der Vorsitzende der younion – Die Daseinsgewerkschaft, Christian Meidlinger.

„Die Regierung muss den Rettungsschirm für die österreichischen Gemeinden sofort öffnen“, forderte Meidlinger. Niemandem sei mit vagen Vertröstungen auf den nächsten Finanzausgleich gedient: „Das Geld muss fließen, wenn es benötigt wird. Wir haben die Ankündigung des Kanzlers gehört. ‚Koste es, was es wolle‘ waren seine Worte. Der Ankündigung müssen jetzt aber Taten folgen.“

Völlig unverständlich sei in diesem Zusammenhang, warum einzelne Bürgermeister, die im Nationalrat ein Mandat ihrer BürgerInnen innehaben, gegen Maßnahmen zur Unterstützung der österreichischen Gemeinden stimmen. „Diese Herrschaften graben sich damit nicht nur selber das Wasser ab. Sie sind ihren Wählerinnen und Wählern im Wort. Das sollte mehr zählen als sturer Parteienghorsam“, schloss Meidlinger.

[Read more ... Wer der Wirtschaft helfen will, muss bei Städten und Kommunen beginnen](#)

2020-05-05 11:00

## [Wiens FPÖ-Chef Nepp droht Anzeige](#)

Den Vorwurf der Verhetzung hat sich der Chef der Wiener FPÖ, Dominik Nepp, eingehandelt. Er sprach in einer Aussendung zu Covid-Tests in einem Asylwerberheim von einem „Asylantenvirus“. SPÖ und Grüne sind empört, „FPÖ Fails“ kündigte eine Anzeige an.

Unter dem Titel „Nepp: Skandalöse Bevorzugung von Asylanten bei Coronavirus-Tests in Wien“ hieß es in einer Aussendung der FPÖ Wien am 4. Mai, Nepp sei „empört über die Bevorzugung von Asylwerbern in Wien bei den Coronavirus-Tests nach der Eskalation im Asylantenheim ‚Haus Erdberg‘“. Österreicher müssten teilweise wochenlang auf Tests warten und dann in Quarantäne. Asylwerber seien hingegen „im Eilverfahren getestet“ worden und ersparten sich jetzt die Isolation. „Diese Asylanten-Bevorzugung ist skandalös aber bezeichnend für die rot-grüne Willkommenspolitik.“

Nepp verwies in der Aussendung auch auf Informationen, wonach rund 100 Polizisten im Corona-Betreuungszentrum in der Messe Wien eingesetzt worden seien, weil sich Asylwerber geweigert hätten, die Isolationsregeln einzuhalten. Spätestens jetzt werde klar, hieß es in der Aussendung weiter, "dass die steigenden Coronavirus-Zahlen in Wien nur auf die Asylwerber zurückzuführen sind. Man muss daher zum jetzigen Zeitpunkt in der Bundeshauptstadt fast schon von einem Asylantenvirus sprechen“.

## **„Widerlichster rassistischer Müll“**

SPÖ und Grüne kritisierten den Inhalt der FPÖ-Aussendung scharf. Die Online-Seite „FPÖ Fails“ kündigte eine Anzeige an. "Das ist widerlichster rassistischer Müll. Das ist nach § 283 StGB Verhetzung zu prüfen. Das ist ein Rücktrittgrund“, kommentierte die Abgeordnete Meri Disoski (Grüne) Nepps Äußerungen. SPÖ-Abg. Sabine Schatz sprach von einer „menschenverachtenden und untragbaren“ Presseaussendung – und zog den Schluss, dass der Wien-Wahlkampf der FPÖ „wohl wieder letztklassig“ werde.

„FPÖ Fails“ kündigte eine Anzeige gegen Nepp an. Hintergrund seien die Bezeichnung „Asylantenvirus“ und die Unterstellung, Asylwerber wären für steigende Covid-19-Zahlen verantwortlich. Und die Facebook-Seite führte „die Fakten“ an: „2.573 positiv getestete Coronafälle in Wien – 15.563 positiv getestete Coronafälle insgesamt in Österreich – 21 positiv getestete Coronafälle im Asylwerberheim in Erdberg“.

[Read more ... Wiens FPÖ-Chef Nepp droht Anzeige](#)

2020-05-04 11:58

[SPÖ im Bundesrat befragt Aschbacher dringlich](#)

Die Rekordarbeitslosigkeit durch die Coronavirus-Krise ist für die SPÖ Anlass, heute im Bundesrat eine Dringliche Anfrage an Arbeitsministerin Christine Aschbacher (ÖVP) zu stellen. In der Begründung der von Fraktionschefin Korinna Schumann und Ex-AK-Präsident Rudolf Kaske gezeichneten Initiative wird der Regierung vorgeworfen, die Betroffenen in Unsicherheit zu belassen.

Armut sei Sprengstoff für das soziale Gefüge, für Zusammenhalt und Solidarität, alleine aus diesem Grund sei alles zu tun, um das Abrutschen in Armut zu verhindern, schreiben die roten Bundesräte. Als Maßnahmen erwarten sie etwa die Erhöhung des Arbeitslosengelds von 55 auf 70 Prozent Nettoersatzrate sowie Überbrückungshilfen für besonders betroffene Gruppen wie Alleinerzieherinnen und geringfügig Beschäftigte.

## **Covid-19-Gesetze warten auf Bundesrat**

In gesamt 29 Fragen versuchen die Sozialdemokraten detaillierte Zahlen zu Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu eruieren, auch was die Verteilung auf Branchen, Regionen und Altersgruppen betrifft. Auch über die Zahl der neu aufgenommenen AMS-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen sowie über Beschäftigungsprogramme wird Auskunft erbeten. Sagen soll Aschbacher ferner, mit welcher Begründung eine Möglichkeit zum vorzeitigen Mutterschutz für Schwangere in der Krise abgelehnt wird.

Hauptthema der heutigen Bundesratssitzung sind freilich jene Gesetze, die vergangene Woche vom Nationalrat beschlossen wurden und nun einer Behandlung durch die Länderkammer harren. Bei einigen Materien wie dem Epidemiegesetz ist bereits ein Einspruch durch die rot-blaue Mehrheit avisiert, der aber in den Tagen darauf vom Nationalrat mittels Beharrungsbeschluss wieder aufgehoben werden kann.

[Read more ... SPÖ im Bundesrat befragt Aschbacher dringlich](#)

Page 2 of 3

- [Previous](#)
- [1](#)
- [2](#)
- [3](#)
- [Next](#)